

Parlaments am
nt des Trischen Frei-
Februar, seine erste
Valera wieder zum
ernannt werden wird.

Detmold.

und hält seine 11.
Minden-Nadensberg
33 im Evangelischen
danke der Freizeit
Kreise zur Behand-
Leibesübungen) steht
Kreier Rötter, Wup-
e" wird unter dem
Singen von Pastor
Darstellung kom-
arbeit und Frohbol-
nden von Bundes-
i. Die Zeitung hat
fen. Jeder junge
eingeladen, beson-
zeitungsanfang: am 13.
9. Febr. 17.15 Uhr.
7 Tage 16.— Mk.
bis zum 8. Febr.
id Salzfusen, Blü-
mit einem großen
ndesführer Pastor
0 Uhr im Co. Ver-
en Männer, haupt-
den nächstliegenden
Deynhäusen, sehr

und Westpolitik:
alle in Bethel.

eigener Werk-
l hergestellten

Aluminium-
Geschirre

ir Küche
und Tisch

ngefertigten
und Tische

Anstalt Bethel

ster Firmen

aturen
schnell u. preiswert.
Ecke-Kavalleriestr.

erstag abend fällt

amburg

tenbergstr. 11: Solp-
th, Auswanderermission
der u. Ueberseereisen.
umhahn, zwisch. Solp-
Georgstr. 11. Zentral-
h. Wasser, Räder, An-
enthaltungsraum, Billig-
off. Einzel u. Fam.
3. 38 9. Bett von
Heere, 24 02. Zeit-
Helmers.

Willing
im Solling b. Soll-
Weserbergland. Höhen-
herlicher Land- und
Licht, Luft u. Son-
strahlung, elektr. Licht-
Wohlfühlen. Pros-
s.

preußen
r.). Kaffeein-Ausfuhr-
Evangel. Kirchhaus u.
Bundevorstand. Sten-
Schöne Gärten, schöne
Gute Pension 3,50 u.
nach der Jahreszeit.
met. (Znh. Evangel.

denfee
solungsheim. Neben-
enfer, St. Ulrichstr. 2.
Voge in nächster Ge-
heim. Gute u. Alpen-
e. Pension. Ansuchen.

Gebirge
Mäher Schneegebirge.
Touristenheim. Höflich
u. einem Tüchler,
und lang. Zeit an-
acht. v. 12 Uhr an.
Charlotte u. Max.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferter 10 Hg. Postgebühren Hannover 6777.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober oder unter Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Hg. Beilagen unter 25 u. je tausend 15 Hg.
Schluss der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postgeb.
Hannover 6777.

Nr. 28. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 2. Februar 1933. | 15. Jahrgang.

**Wie das Gold den Durst nach Golde,
Nehet der Ruhm die Gier der Degen;
Denn je mehr die Menschen dürfen,
Desto dreister wird ihr Mügen.**

Fr. W. Weber.

Umschau.

**Hitler Reichskanzler. — Innere Gegensätze im neuen
Kabinett. — Vor schweren Kämpfen in Genf. — Frank-
reichs Werben um Rom. — Der Sieg de Valeras. —
„Asien den Asiaten!“**

Sindenburg hat Hitler zum Kanzler berufen.

Damit ist endlich ein Schritt getan, der — so oder so — von entscheidender Bedeutung für das deutsche Schicksal ist. Belling es Hitler, die Krise des deutschen Volkes zu meistern, dann werden wir in dem Führer der Nationalsozialisten den Staatsmann haben, auf den das Deutschland seit Bismarck vergeblich wartet. Gelingt ihm das nicht, dann wird die Zukunft grauer vor uns liegen denn je. Denn Hitler — darüber besteht kein Zweifel — ist die letzte Chance des „nationalen Deutschland“.

Und national ist das neue Reichskabinett. Das kann man wohl sagen. Da ist auch nicht einer — von Hitler-Papen bis hin zu Selbte und Eugenber —, der nicht national bis auf die Knochen wäre. Aber das allein tut es nicht. Im Gegenteil: wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade in unserer gegenwärtigen Situation dem sozialen Moment eine viel entscheidendere Bedeutung beizumessen ist als dem nationalen. Denn unsere nationale Krise ist eine soziale Krise. Nun wäre es gewiß ungerecht, auch Deuten wie Papen, Eugenber usw. jedes soziale Empfinden absprechen zu wollen. Aber vom sozialen Empfinden bis zur sozialen Tat ist mitunter ein recht langer Weg. Das soll gewiß keine vorläufige Kritik an Männern sein, die ihre praktische Staatskunst ja erst noch unter Beweis zu stellen haben. Wenn wir aber tatsächlich in den Geburtswehen einer neuen Zeit stehen, die mit den hinsichtlich gewordenen Methoden des liberalistisch-kapitalistischen Zeitalters radikal brechen muß, und wenn man in Hitler den deutschen Rinder und Träger der neuen Epoche sieht, dann klaffen sofort innerhalb des neuen Kabinetts Gegensätze von so fundamentaler Bedeutung auf, daß ihre Überbrückung einfach unmöglich erscheint. Auf der einen Seite Hitler, der nationale Sozialist — und auf der anderen Seite Eugenber, der immer wieder mit leidenschaftlicher Glut für die Unantastbarkeit des privatkapitalistischen Systems eingetreten ist. Dieser innere Gegensatz des Hitler-Kabinetts mag vielleicht vorerst ein latenter bleiben. Er wird aber in demselben Augenblick aufbrechen, wo Hitler wirklich Ernst mit der Durchführung seines nationalsozialistischen Programmes macht. Das sozialistische Programm hat aber nicht nur ein Programm der Produktion, sondern vor allem ein Programm der Verteilung zu sein. Und wenn es heute — sogar innerhalb der nationalsozialistischen Partei — immer noch Leute gibt, die in ein paar Minuten soviel Geld „verdienen“ wie die gesamte Monatsunterstützung eines erwerbslosen Familienvaters ausmacht, dann wird man auf die Widerstände gespannt sein dürfen, die Hitler bis in seine nächste Umgebung bei einer etwaigen ernsthaften Durchführung seines nationalsozialistischen Programmes zu überwinden hat.

Im Kampf gegen den Kommunismus mag Hitler mit Eugenber vielleicht einig sein. Hierfür aber kann keine Politik aufbauen — es sei denn eine rein negative. Will Hitler seine Politik wirklich positiv gestalten, dann wird er um die Durchführung seines Programmes nicht herumkommen. Hierfür wartet das deutsche Volk! Hitler selbst aber hat dieses Programm als ein sozialistisches bezeichnet und als solches ausgezogen. Niemand aber wird im Ernste glauben, daß Eugenber zur Durchführung einer sozialistischen Wirtschaftsgestaltung seine Hand bietet. In diesem Punkte scheiden sich die Geister.

Wir glaubten auf diese Dinge beiläufig hinweisen zu müssen, um vor dem Irrglauben zu warnen, als ob nun über Nacht mit Hitlers Kanzlerschaft unser Vaterland in ein paradiesisches Staatsgebilde umgewandelt würde. Wir sind bisher immer bemüht gewesen, unseren jewei-

gen Staatslenkern gegenüber eine streng objektive Zurückhaltung zu üben und sie nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten zu beurteilen. Wir möchten auch der neuen Regierung gegenüber nicht mit diesem Grundsatze brechen. Aber wünschen möchten wir, daß Hitler — allen materiellen und materialistischen Widerständen zum Trotz — ein Mann der Tat würde, nachdem er lange genug ein Mann der Rede war. Auf keinen Politiker des neuen Deutschland sind die Augen der Deutschen mit so brennender Erwartung gerichtet gewesen wie auf Hitler. Er wird seinen Weg nur gehen können, wenn er sein Programm (Verstaatlichung des Bank- u. Börsenwesens, radikale Begrenzung der überhöhten Einkommen usw.) unbehindert durchführt und sich nicht kirren läßt von den Profit- und Briefstascheninteressen derer, die in ihm gerne den nationalen Sturmbock gegen den Kommunismus sehen, ihn aber in seiner sozialistischen Zielsetzung dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst.

Der Kurswechsel in Berlin kann natürlich auch auf unsere außenpolitischen Beziehungen nicht ohne Einfluß bleiben. Gleichzeitig mit Schleicher in Berlin ist ja auch Paul-Boncour in Paris gestürzt worden. Beide Kabinettskrisen haben in Genf lebhaftes Wellen geschlagen. Es ist nur gut, daß die Mitglieder des neuen Reichskabinetts wenigstens in außenpolitischer Beziehung grundsätzlich einig sind, so daß die Hoffnungen auf eine entschlossener Haltung der deutschen Delegation in Genf wohl nicht unberechtigt sind. Eine solche Haltung ist nach dem Schwächeanfall vom 11. Dezember (Zwischmächte-Abkommen) dringend erforderlich. Vor allem ist auch dem neuen englischen Abbrüstungsplan gegenüber äußerste Vorsicht am Platze, wenn er auch in einigen Punkten der deutschen Auffassung Rechnung trägt. So ist es zweifellos zu begrüßen, daß der englische Plan nicht nur die Abrüstungsarbeiten praktisch vorwärtstreiben, sondern auch dem französischen „Sicherheitsplan“ die Direktive für die Einzelarbeit der Konferenz nehmen will. Unannehmbar für uns aber ist der englische Standpunkt hinsichtlich der praktischen Verwirklichung der uns zugestandenen theoretischen Gleichberechtigung. Der englische Vorschlag läuft in diesem Punkt praktisch darauf hinaus, daß an dem vorhandenen Kriegsmaterial nicht gerührt und die „Abbrüstung“ auf diesem Gebiete der Zukunft überlassen bleiben soll. Auch mit einer Herabsetzung der einzelnen Heere um ein Drittel ihres Effektivebestandes kann sich Deutschland nie und nimmer zufrieden geben. „Gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle!“ — das ist das klar abgesteckte Ziel, um das Deutschland auf Biegen oder Brechen zu kämpfen hat. Nicht um des brutalen Machtgedankens, sondern um unserer nackten Existenz willen sind wir gezwungen, den Kampf um Deutschlands Recht bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Was uns immer wieder in diesen Kampf hineintreibt, ist nicht der „Geist des Blutes und des Todes“, sondern es ist der Geist der Freiheit und des Lebens! Fünfzehn Jahre lang hat das deutsche Volk die Ketten von Versailles schleppen müssen. Das ist eine lange Zeit — lang genug, um eine Politik zu rechte fertigen, die sich auf die Genfer Methoden des Vertagens und Hinhaltens unter keinen Umständen mehr einläßt. Nichts wünschen wir sehnlicher als daß eine solche deutsche Politik in Genf endlich greifbare Gestalt gewinnt.

Frankreich ist sich der bevorstehenden schweren Kämpfe gegen Deutschlands kristallklare Forderungen auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit sehr wohl bewußt. Daher läßt es nichts unversucht, um Deutschland völlig zu isolieren und mit Hilfe der gerissensten propagandistischen und diplomatischen Künste die anderen Völker auf seine Seite zu ziehen. Keinen anderen Zweck verfolgt auch die Entsendung des gewiegten Diplomaten de Jouvenel als Botschafter nach Rom. de Jouvenel hat mit großem Optimismus den Posten in Rom angetreten, hat den Italienern weitgehendes französisches Entgegenkommen hinsichtlich der in Tunis anvisierten Italiener in Aussicht gestellt und die Rückgabe der Gebiete von Tripoli und Borku (Südgrenze von Tripolis) versprochen, die Frankreich im Jahre 1919 den Italienern geraubt hat. Es erscheint uns aber zweifelhaft, ob Italien auf Grund einer solchen verhältnismäßig nebenfälligen Grenzberichtigung eine neue französisch-italienische Entente eingeht. Erstens haben schon die Herren Poincaré, Berenger und Gerriot auf die gleiche Weise mit negativem Erfolg um die Gunst Italiens gebuhlt, zweitens aber geht der bestehende italienisch-französische Gegensatz nicht um einen Länderfetzen in Afrika, sondern um die Machtfrage im Mittelmeer. Frankreich jedoch denkt nicht daran, den Italienern in dieser Beziehung auch nur um Zolles Breite entgegenzukommen, wie es ebenso wenig daran denkt, seine — nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Italien gerichteten — Militärbündnisse mit Süd-

slawien, Rumänien und Tschechoslowakien zu lösen. Frankreich will also mit recht minderwertigen Zugeständnissen Italien von Deutschland wegziehen, um dann hinterher beide Nationen um so sicherer in der Faust zu haben.

Man darf annehmen, daß diese echt französische Spitzbüßenpolitik von Mussolini durchschaut ist. Denn vorerst steht die italienische Presse den Vorschlägen de Jouvenels noch recht kühl gegenüber. Und so behält Gerriot vielleicht doch noch recht, der im Gegensatz zu dem Optimismus de Jouvenels vor 14 Tagen in einer Pionier Zeitung schrieb, „daß er bekennen müsse, in seiner Annäherungspolitik an Italien völligen Schiffbruch erlitten zu haben, und daß von dieser Seite auch jetzt noch nichts zu erhoffen sei.“ — Nichts aber wäre verkehrter, als wenn nun Deutschland seinerseits die Hände in den Schoß legte und im festen Vertrauen auf die Unüberbrückbarkeit des italienisch-französischen Gegensatzes den Dingen, die zur Zeit in Rom gespielt werden, ihren Lauf ließe. Die deutsche Diplomatie hat vielmehr alles zu tun, um das römische Spiel der Franzosen mit allen Mitteln zu durchkreuzen und vor allem auch auf den bevorstehenden deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen deutlich erkennen zu lassen, daß wir — trotz Papen — den französischenfeindlichen Irrweg ein für allemal verlassen haben. An den Privatinteressen einer Handvoll Exportfirmen darf schließlich die deutsche Befreiungspolitik nicht scheitern. Es wäre u. E. gar nicht einmal so schwer, mit Italien über ein mittel- und südeuropäisches Wirtschaftsprogramm einig zu werden, das den Wünschen Italiens sowohl wie den unseren in jeder Weise gerecht würde.

Auf Englands Mithilfe in unserem Freiheitskampfe ist kein Verlaß. England hat zuviel eigene Sorgen. Nun hat auch noch der irische Ministerpräsident de Valera einen überwältigenden Wahlsieg über seinen Gegner Cosgrave davongetragen, der — wenigstens in materieller Hinsicht — alle Chancen für einen Sieg auf seiner Seite hatte. Der leidenschaftliche Kampf, den de Valera nun schon so lange gegen England führt, hatte den Jem recht erhebliche wirtschaftliche Schäden eingetragen, auf welche der englandfreundliche Cosgrave mit Recht in seinen Wahlreden hinweisen konnte. Aber de Valera, der alte Führer der irischen Freiheitsbewegung, hatte das Volk der „grünen Insel“ trefflicherer eingeschätzt als sein geschäftslüchtiger Gegenpieler. Dem irischen Volke ist seine Freiheit und Unabhängigkeit von England lieber als dieser oder jener wirtschaftliche Vorteil, den England ihm bietet. Das ist zugleich ein bedeutender Gradmesser für die englandfeindliche Stimmung, wie sie weithin das irische Volk befeelt, auch wenn man nun selbstverständlich nicht annehmen darf, daß Irland nun plötzlich die letzten Bindungen mit England lösen würde. Daran denkt auch de Valera nicht. Aber allein schon die Abschlaffung des Treueides der irischen Abgeordneten zur englischen Krone bedeutet für England einen weiteren bedeutenden Prestigeverlust, der die Engländer um so schwerer trifft, als durch die Vorgänge im fernen Osten die englische Weltgeltung auf eine immer härtere Probe gestellt wird. Japan droht nun schon ganz offiziell mit dem Austritt aus dem Völkerbund, kündigt gleichzeitig — nach amerikanischem Vorbild — eine asiatische Monroe doktrin („Asien den Asiaten!“) an und vermahnt sich sehr scharf gegen eine etwaige Absicht des Völkerbundes, den Japanern bei ihrem Austritt aus dem Völkerbund die Mandatsgebiete im Pazifischen Ozean wieder abzunehmen. Diese Gebiete seien vielmehr „als Kriegsbeute zu betrachten, und nur die Anwesenheit Wilsons bei den Versailler Verhandlungen habe verhindert, daß man die Dinge beim rechten Namen genannt habe.“ — So beginnt also auch bereits im fernen Osten der Fluch von Versailles gegen die Schürer des Weltkrieges selbst wirksam zu werden. Sollte aber Japan mit dem Austritt aus dem Völkerbund wirklich Ernst machen, dann hätte der Genfer Völkerbund auch rein äußerlich aufgehört, ein Völkerbund zu sein. Denn ein Völkerbund, in dem weder Amerika noch Rußland noch Japan vertreten sind, hat auch keinen formellen Anspruch mehr, als Bund der Völker betrachtet und gewertet zu werden.

Wir würden der „Liga der Nationen“ keine Träne nachweinen. Im Gegenteil, wir halten den Austritt aus Deutschlands aus dem sogenannten Völkerbund für eine zwingende Notwendigkeit, wenn uns nicht in kürzester Frist in Genf das Recht wird, auf das wir einen vollen Anspruch haben. Nicht deutsch genug nach außen und nicht sozial genug nach innen — das ist die Linie, auf der allein zu Deutschlands Freiheit durchzustößen ist. Es gibt keinen anderen Weg für uns. Es sei denn jener, der über Moskau führt.

laubten wir zuerst, Reparationen durch Kriegsgewinne zu könn-
ten Waren, sondern
amerika gegeben ha-
ben sie sich durch Zölle
ander haben sich in-
geschaffen und be-
steht nicht mehr. Wir
fiert, ein Heer von
steht bereit, Waren
in alle Welt hinaus-
sie ja nicht und
auch ein Grund, daß

Zusammenschlump-
mit keinem Erfolg.
ispolitik, die man
aus nicht gutheißen
und damit die deut-
höheren Preisen,
Ausland anbietet.
es Eifen, deutsches
und 30 bis 50 Pro-
Es soll sich lohnen,
und wieder nach
Stabeisen kostet in
und 45 Mark. Es
erte es noch in die
nten der deutschen
Industrie für wahr-
ere Inlandspreise
e nicht wesentlich
ommen vielleicht an
in größerem Um-

cht auch nach Auf-
denkens dagegen
es viele Freunde
gibt, auch Gustav
in Nr. 16 und 17
Note. Ich weiß
e allzuenge wirt-
schlich in Rußland
schneiden? Die In-
Bolschewisten ein-
tergeben, ob die
Wir stellen dazu
ere Einrichtungen.
ziehung auf eige-
austrittlicher Artikel
Welt empfindlich
reich an Rohstof-
er als der Deut-
s billiger ange-
eds. Es kann sich
pan der Fall ist.
nen Studenten auf-
mmelten, fühlten
gaben ihnen eine
ustrüstung. Dann
mat und verwer-
das vor 60 Jahr-
ulte Ausfuhrland
Konkurrenz be-
renzt spüren wir,
aber eine zu-
ins viel empfin-
als Japan. Man
e bei der augen-
egenheit des Ab-
e Volk nicht nur

in der Zukunft, sondern auch in der Gegenwart die Zölle,
bezahlen muß, ist sehr die Frage. Denn die finanzielle Ge-
ledigung der Auslandschäfte scheint von Seiten Aus-
lands nicht sehr gesichert.

Wo man hinschaut, erscheinen die Zukunftsaussichten
der deutschen Ausfuhrindustrie nicht rosig. Trotzdem hofft
man in diesen Kreisen weiter. Wie weit haben sich solche
Hoffnungen in den letzten Jahren erfüllt? Wie hat man
gehofft in den letzten 13 Jahren, zuerst, daß der so ge-
nannte Friedensvertrag nicht buchstäblich ausgelegt
werde; trotzdem wurde auf Grund dieses Vertrages die
Ruhr besetzt und die Industrie dort empfindlich geschädigt;
man hoffte, daß der Dawesvertrag uns wesentliche Er-
leichterungen bringen werde, daß der Youngplan eine
Belebung der Wirtschaft und wesentliche Steuererleichte-
rungen im Gefolge habe, man hoffte auf die interna-
tionale Solidarität der Arbeiter, man hoffte auf den Völker-
bund, man hoffte auf Amerika und jetzt hofft man wieder
auf die Weltwirtschaftskonferenz. Auch diese Hoffnung
wird sich kaum erfüllen, und es wäre gut, wenn man die
Erkenntnis in sich aufnähme, daß die Einstellung: „Ex-
port um jeden Preis“ grundsätzlich falsch
war. Man hat zwar dadurch zunächst den Wohlstand ge-
hoben, aber der Rückschlag war ein katastrophaler, denn
die Folgen sind 7 Millionen Arbeitslose, große finanzielle
Verluste und eine in den Strudel hineingerissene to-
dranke Landwirtschaft.

Rabinett Daladier

Paul-Boncour Außenminister. — Freitag Programm-
erklärung in der Kammer.

Paris, 1. Februar.

Der vom französischen Staatspräsidenten mit der Neu-
bildung der Regierung beauftragte radikalsozialistische Ab-
geordnete Daladier hat sein Ministerium gebildet und sich
mit seinen Mitarbeitern dem Präsidenten vorgestellt. Die
Programmerkklärung in der Kammer ist für Freitag vor-
gesehen.

Die Aemter sind in dem neuen Ministerium wie folgt
verteilt: Ministerpräsident und Kriegsminister: Daladier;
Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident: Penan-
cier; Auswärtiges: Paul-Boncour; Inneres: Chauvignat;
Finanzen: Georges Bonnet; Budget: Lamoureux; Kriegs-
marine: Laguesse; Handelsmarine: Frot; Unterricht: de
Monzie; Arbeitsminister: Francois Albert; Kolonien: En-
traut. Außerdem gehören dem Ministerium noch vier Unter-
staatssekretäre an.

Entscheidend für das Schicksal der neuen Regierung ist,
auf welcher Grundlage die neuen Finanz- und Budgetmini-
ster, Georges Bonnet und Lamoureux, die Finanzsanierung
durchführen werden. Die Art und Weise, wie Lamoureux als
Generalberichterstatter des Finanzausschusses der Kammer
vor einigen Tagen über das Kompromiß berichtete, daß nach
Chéron's Vorschlägen zustande gekommen ist, läßt darauf
schließen, daß er einen Teil der Bedürfnisse des Schatzamtes
auf dem Anleihewege decken will.

Was an der Ministerliste auffällt, ist die Mitarbeit des
Vorherrschenden der radikalen Kammerfraktion Francois
Albert, der Arbeitsminister wird Francois Albert ist als
„Aungürtel“ anzupredigen, also als Vertreter des linken Flü-
gels der radikalen Partei, und wenn er jetzt ein Vor-
sehl übernommen hat, so deshalb weil gewisse maßgebende
Elemente der radikalen Partei Herriot den Weg freimachen
wollten für den Vorrück der Kammerfraktion.

Landwirtschaftsrat begrüßt Hitler

Berlin, 1. Februar.

Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschafts-
rates begrüßt die Bildung der neuen Reichsregierung und
erwartet, daß die neue Regierung eine lediglich dem Wohle
des Gesamtvolkes dienende, klar auf Stärkung des Binnen-
marktes gerichtete nationalwirtschaftliche Politik verfolgen
werde.

keiten jener Zeit
ann, August Klä-
er schweren An-
Sonntagschulen
pflegen. In der
d Predigten, be-
Vielefelder, spä-
neuartige Arbeit
eren Vielefelder
ie neue Arbeits-
st seines kleinen
hat er auch re-
nen den Arbeiter-
nten Feldmark
ühenden Anstalt
mehr herbeiströ-
en und Schleier
r Stadt sich an-
agen bewegen
Die Bestrebu-
ngslehre Bemü-
christlichem So-
werden, bewege-
e Kreise. Man
und auch Vater
im großen Ver-
Aufgaben der
r, daß die sorg-
ertrauten Men-

erte industrielle
der Feldmark
befondere Ge-
neugegründeten
ster. Die in der

Stadt begonnenen Arbeiten der Inneren Mission sollten
künftighin von den Pfarrern der einzelnen Gemeinden
übernommen werden. Dagegen beschloß man, für beide
neugegründeten Anstalten eine besondere Persönlichkeit
zu berufen. Denn besonders die neue Diakonissenanstalt
hatte inzwischen sozusagen ihren Befähigungsnachweis er-
bracht. Im Kriege 1870/71 wurden die Schwestern mit
der Pflege der verwundeten Deutschen und der kranken
französischen Gefangenen betraut. Vater übernahm die
seelsorgerliche Versorgung des Lazarett. Man sollte der
damals ganz neuen Arbeit der Schwestern viel Anerken-
nung. Vater bekam sogar den preussischen roten Adler-
orden 4. Klasse, was den eingetragten Sassen eigenar-
tig berührte, so daß es oft komische Szenen gab, wenn
die Mutter bei festlichen Gelegenheiten mit vieler Mühe
den Vater dahin brachte, seine Orden — zu denen sich
später noch ein höherer gesellte — anzulegen.

Die Entscheidung für die Annahme der Vielefelder
Pfarrstelle wurde Vater dadurch wesentlich erleichtert, daß
es ihm und den anderen Herren des Vorstandes gelang,
Friedrich von Bodelschwing als seinen Nachfolger im
Vorstande des Diakonissenhauses und der Anstalt für
Epileptische zu gewinnen. Mit Vater Bodelschwing ver-
band ihn seit Lebens eine herzliche Freundschaft. Er konnte
in seiner humorvollen Art oft sagen: „Sache ich auch in
meinem Leben nicht viel getan, das eine Gute habe ich
wenigstens geleistet: ich bin mit Schuld daran, daß Bodel-
schwing nach Vielefeld gekommen ist. Vater blieb als
Mitglied des Vorstandes an der Mitarbeit beteiligt, und
er hat uns durch die Schilderung der köstlichen Sitzungen
jener Zeit oft erheitert. Nach langem Hin und Her
schließlich beschloß man, einen von Bodelschwing bean-
tragten Neubau abzulehnen, so daß dann Bodelschwing
lächelnd gestehen mußte, daß der abgelehnte Neubau be-
reits im Rohbau fertig dastünde. Oder Vater berichtete,

Die Haltung des Zentrums

Hitler bei Raas. — Die ersten Arbeiten des Kabinetts. — Keine „Experimente“?

Berlin, 1. Februar.

Das neue Reichskabinett trat unter dem Vorsitz des
Reichskanzlers Hitler zu seiner zweiten Sitzung zusammen
und beschäftigte sich mit der politischen Lage. Diese Sitzung
bildete zugleich die erste Arbeitssitzung der neuen Regierung.
Die vordringlichste Aufgabe ist nach wie vor die Arbeitsbe-
schaffung. Wenn die Ausarbeitung des Programms auch
noch einige Tage in Anspruch nehmen wird, so wird doch
hinsichtlich der Grundlinien des Regierungsprogramms von
maßgebender Stelle nochmals die am Tage der Ernennung
von dem Reichsminister des Innern Dr. Frick vor der aus-
ländischen Presse abgegebene Erklärung auf das bestimmteste
wiederholt, daß irgendwelche Experimente wirtschafts- oder
nahrungspolitischen Art nicht in Frage kämen und daß sie
von keinem Kabinettsmitglied beabsichtigt sind.

Diese Unterstreichung des Standpunktes der neuen
Reichsregierung erfolgt besonders im Zusammenhang da-
mit, daß in den letzten 24 Stunden an den Auslandsbörsen
einige deutschen Anleihen attackiert worden sind. Es wird
deshalb die eindeutige Versicherung abgegeben, daß ein jach-
licher Grund für solche Börsenstürze in keiner Weise
vorhanden ist. Man hat deshalb auch die Ueberzeugung,
daß sie ganz anderen als sachlichen Motiven entspringen.
Sodanfalls besteht für die Verrückten deutscher Anleihen keine
Veranlassung, irgendwie beunruhigt zu sein.

In gleichem Zusammenhang wird auch gegenüber ge-
wissen Gerüchten betont, daß die Frage eines Wechsels in
der Leitung der Reichsbank nicht aktuell ist.

Ebenso sind auch die in England durch die Berliner Be-
richterstatter der Londoner Zeitungen verbreiteten Gerüchte,
die Bildung der neuen Regierung sei deshalb so schnell er-
folgt, weil die Reichsmehr „unter Führung des Generals
von Schleicher, von Hammerstein und von Blomberg einen
Staatsstreich geplant habe“, völlig aus der Luft gegriffen.
Alle in diesen Behauptungen genannten Persönlichkeiten ein-
schließlich des Reichspräsidenten wissen von diesen Dingen
nichts.

Auch die Behauptungen, wonach der Chef der Heeres-
leitung, General von Hammerstein, seinen Rücktritt einge-
reicht habe, entbehren jeder Begründung.

Kurserhöhungen an der Börse

In Auswirkung dieser Erklärungen der neuen Reichs-
regierung machte sich an der Berliner Börse eine starke Be-
ruhigung bemerkbar. Die Tendenz war im Zusammenhang
mit größeren Käufen des Publikums und des Industrievi-
ers auf allen Gebieten sehr fest, da man nunmehr allge-
mein erwartet, daß durch das Zustandekommen der neuen
Regierung die politische Stabilität für die nächste Zeit ge-
wahrt ist und die Hoffnungen auf das Arbeitsbeschaffungs-
programm sich in stärkerem Maße als bisher erfüllen wer-
den. Die Kurssteigerungen gingen auf einzelnen Gebieten
bis zu 7 v. H.

Hinsichtlich der Personalpolitik der neuen Regierung
erwartet man in politischen Kreisen vor allem die

Neubesetzung einiger Reichskommissariate in Preußen

Als sicher gilt ein Wechsel in der Leitung des preussischen
Kultusministeriums. Als Nachfolger von Professor Kaehler
wird der nationalsozialistische Gauleiter in Hannover, Stu-
dent Rat, genannt. Ob der Landbundspräsident Wil-
lens, der der NSDAP angehört, ein Amt im preussischen
Landwirtschaftsministerium übernimmt, ist noch nicht
sicher. Der Reichskommissar für das preussische Finanzmini-
sterium, Dr. Popitz, wird wahrscheinlich im Amt bleiben.

Aussprache Hitlers mit Raas

Nach vor der Kabinettsitzung hat Reichskanzler Hitler
in ausgedehnten Besprechungen mit dem Vorherrschenden der
Zentrumsfraktion, Präpresident Raas, und dem Abgeordneten
Peltius die durch die Bildung der neuen Regierung ge-
schaffene politische und parlamentarische Lage erörtert. Nach

verschämt lächelnd, von einer Verschwörung mit andern
Vorstandsherren, daß sie dieses oder jenes Vorhaben Bo-
delschwing's ablehnen wollten, aber in der Sitzung wur-
den sie alle überwunden. Mit kindlich harmlosen Humor
und seiner, kluger Energie mußte Bodelschwing alle Ge-
gengründe niederzuschlagen. Uebrigens war dies selten
der Fall. Immer hat Vater sich von ganzem Herzen an
dem Wachsen des Werkes gefreut. Denn vieles von dem,
was jener Kreis jüngerer Theologen in den sechziger Jahr-
ren erwarb hat — Arbeiter- und Wandererfürsorge,
Erziehungsarbeit und Krankenpflege — wurde jetzt un-
ter Bodelschwing's praktischen Händen Wirklichkeit. So
manches Problem, über dessen Lösung man sich vergeb-
lich den Kopf zerbrochen hatte, nahm Bodelschwing —
fast möchte man sagen: wie spielend — in seine Hand
und fand eine alle überraschende, einfache, geniale Lösung.
Ganz besonders groß war der Eindruck, den die Grün-
dung der Arbeiterkolonie Wilhelmshof und die Gedan-
ken Bodelschwing's über Arbeiterhäuser und allmählich
zu erwerbenden Eigenbesitz auf Vater machten.

Auch an den anderen, damals entstehenden Werken
der Inneren Mission hier im Westen nahm Vater lebhaft
Anteil. Viele Jahre hindurch reiste er im Auftrag
des Zentralausschusses nach Holland, um den deutschen
Ziegeln, Grasmähnen und Stuhlkateuren (Weißbündern),
die während der Sommermonate in Holland arbeiteten,
das Evangelium zu verkündigen. Zu den Christen dieses
Landes fühlte er sich stark hingezogen. Ihre reformierte
Eigenart stieß ihn in keiner Weise ab. Entschlossenes We-
sen — auch auf dem Gebiete des Bekenntnisses — war
ihm immer sympathisch. Das führte ihn auch mit lipp-
igen Kreisen zusammen, welche ihn in den Vorstand der
Kinderheimanstalt Salzhausen wählten. Hier hat er sich be-
sonders bemüht, leidende, kranke Arbeiterkinder aus je-
nem Bezirk für einige Wochen im Sommer unterzubrin-
gen. Die Gelder für solche Erholungskuren mußten bei

der darüber ausgegebenen amtlichen Mitteilung hat Präsi-
Raas eine Reihe von Fragen über den in Aussicht genom-
menen politischen Kurs der neuen Regierung gestellt. Der
Reichskanzler hat sich eine Beantwortung dieser Fragen,
deren genaue Ausarbeitung noch erfolgen soll, vorbehalten.

Nach dem Empfang beim Reichskanzler erstatteten die
Unterhändler des Zentrums ihrer Fraktion Bericht. In pa-
lamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Zen-
trum und die Bayerische Volkspartei die Mißtrauens-
anträge, die von den Sozialdemokraten und Kommunisten
schon eingebracht sind, nicht annehmen oder sich wenigstens
der Stimme enthalten werden. Auch im letzteren Falle wäre
eine knappe Mehrheit für das Kabinett dann möglich, wenn
die sogenannte Technische Fraktion gegen die Mißtrauens-
anträge stimmt.

Gelingt es dem Reichstag so, ohne die Auflösung um die
Klippe der Mißtrauensanträge herumzukommen, dann hat
er kurze Zeit später eine neue hochpolitische Entscheidung
zu treffen. Reichsinnenminister Dr. Frick hat nämlich in
einer Presseerklärung angekündigt, daß die Regierung ein
Ernährungsengesetz mit bestimmten weitergehenden Voll-
machten einbringen werde. „Wir brauchen“, so betonte der
Minister weiter, „diese Vollmachten, um das große Werk,
das wir mit Einziehung aller Kräfte durchzuführen gewillt
sind, nämlich die geistige und nationale Erneuerung unseres
Volkes, endlich zur Tat werden zu lassen.“

Minister Frick vor dem Reichsrat

Zusammenarbeit mit den Ländern.

Berlin, 1. Februar.

Reichsinnenminister Dr. Frick stellte sich dem Reichsrat
vor und teilte dabei mit, daß Reichskanzler Hitler am Don-
nerstag vor dem Reichsrat erscheinen wird.

Ich darf nur sagen, so erklärte der Minister, daß ich
den größten Wert darauf lege, vertrauensvoll mit den Län-
dervertretern zusammenzuarbeiten. Ich selbst bin Bayer
und habe als Bayer schon an sich das nötige Verständnis
für den föderalistischen Aufbau des Reiches. Ich weiß, daß
nicht alles hier von Berlin aus zentralisiert werden kann.
Nach unserer politischen Einstellung müssen Sie, daß wir
Vertreter einer starken Einheit des Reiches sind, daß das
Reich nach außen hin eine Einheit darstellen muß, die un-
erschütterlich ist, um sich der Angriffe von außen wirksam
erwehren zu können. Aber das schließt nicht aus, daß auch
den einzelnen Gliedern des Reiches die nötige Freiheit ins-
besondere in kultureller Beziehung gegeben ist.

Zum Schluß betonte Reichsinnenminister Dr. Frick noch,
die Reichsregierung wolle eifrig das beste des deutschen
Volkes. Jetzt sei eine starke Regierung notwendig. — Im
Ramen des Reichsrats erwiderte der Vertreter der preußi-
schen Staatsregierung, Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Abwartende Haltung der SPD

Parteiausschuß und Parteivorstand der SPD. erörter-
ten in gemeinsamer Sitzung und in Anwesenheit von Ver-
tretern der Eisernen Front und der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion die politische Lage. Nach dem parteiamt-
lichen Bericht bezieht sich Abg. Dr. Reichardt die neue
Regierung als die „reaktionärste, die es je gegeben habe“. Die
Arbeiterklasse, so erklärte Rechner weiter, stehe zum Ab-
wehrkampf bereit. Die Opposition der SPD gegenüber
dem neuen Kabinett sei selbstverständlich, doch werde sich die
SPD ihre Taktik nicht von den Gegnern vorzeichnen las-
sen, sondern sie werde selbst darüber bestimmen, wann und
wie sie ihre Kräfte einlegen wird.

Die Sozialdemokratie habe den Wunsch, in diesem
Kampf in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen
Arbeitern zu stehen.

den damaligen Verhältnissen mühsam zusammengebettelt
werden.

Erst später, als die eigene, immer größer werdende
Gemeinde, die Mitarbeit in den andern städtischen Ge-
meinschaften, in der Kreis- u. Provinzialräte und auch im
weissfährigen Gustav-Adolf-Berein seine Zeit und Kraft
mehr in Anspruch nahm und zuletzt die Superintendentur
in Vielefeld — schränkte er seine Mitarbeit in der Inne-
ren Mission ein.

Aber seine Liebe gehörte bis zum Schluß diesem Werk.
Darum wollte er auch seinen Lebensabend hier in Bethel
zubringen. 1909 meldete er sich bei dem selbst schon er-
krankten Vater Bodelschwing — indem er launisch an-
das französische Sprichwort erinnerte, daß jeder zu seiner
ersten Liebe zurückkehre — als „ältester Hilfsprediger“
in Bethel an. Bodelschwing hieß ihn herzlich willkommen.
Aber als er 1910 in seinem Häuschen „Simonsruh“
auf dem Anstaltsgelände als Emeritus einzog, war Vater
Bodelschwing schon heimgegangen, und Vaters Kräfte
waren so erschöpft, daß sie auch zu einem bescheidenen
Hilfsdienst nicht mehr reichten. Wohl aber nahm er
noch lebhaften Anteil an meiner damals beginnenden
Mitarbeit an dem theologischen Nachwuchs. Denn noch
von seiner in der Universitätsstadt zugebrachten Jugend-
zeit her lagen ihm die zukünftigen Theologen sehr am
Herzen. Mit großer Freude hat er jahrelang im Bens-
heimer und später im Vielefelder Gymnasium Religions-
unterricht erteilt. Sehr viele Vikare und theologische
Prediger wurden von ihm in die Aufgaben des praktischen
Pfarramtes eingeführt. So konnte er sich mit Freunden die
Gedanken, die Bodelschwing 1905 bei der Gründung der
Theologischen Schule leiteten, aneignen. Er selbst lebte
im Hause „Simonsruh“ am Mühlweg in aller Stille und
Zurückgezogenheit, bis im November 1912 der Herr sel-
nen Knecht ganz plötzlich in die obere Seimat abrief.
D. Simon.

Aufruf Hitlers an die NSDAP

Berlin, 1. Februar.

Adolf Hitler hat an die NSDAP. folgenden Aufruf
gerichtet:

„Ein 14jähriges, in der deutschen Geschichte wohl bei-
spiellostes politisches Ringen hat nunmehr zu einem großen
politischen Erfolge geführt.“

Herr Reichspräsident von Hindenburg ernannte mich,
den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, zum
Kanzler des Deutschen Reiches.

Nationale Verbände und Parteien schlossen sich zum
gemeinsamen Kampf für Deutschlands Wiederaufstehung
zusammen.

Die Ehre vor der deutschen Geschichte, nunmehr an die-
sem Werte führend teilnehmen zu dürfen, verdanke ich
neben dem großherzigen Entschluß des Generalfeldmarschalls
eurer Treue und Anhänglichkeit, meine Parteigenossen.

Daß ihr mir in trüben Tagen genau so unerlässlich
gefolgt seid wie in den Tagen des Glüdes und treu geblie-
ben seid nach schwersten Niederlagen, dem allein verdanke
wir diesen Erfolg.

Angehener ist die Aufgabe, die vor uns liegt! Wir müs-
sen sie lösen, und wir werden sie lösen! An euch, meine
Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte: Gebt
mir euer Vertrauen und eure Anhänglichkeit in diesem
neuen und großen Ringen genau so wie in der Vergangenheit
— dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen
zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre,
der Freiheit und des sozialen Friedens nicht verjagen.“

Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 1. Februar.

Ueber den Verlauf der ersten Arbeitssitzung des neuen
Reichskabinetts wird mitgeteilt:

In der heutigen Kabinettsitzung wurde beschlossen, dem
Reichspräsidenten eine Verordnung vorzulegen über den
Reichskommissar für das Land Preußen. Danach sollen die
nach der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die
Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli v. J. dem
Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für
das Land Preußen zustehenden Befugnisse dem Stellvertre-
ter des Reichskanzlers und Reichskommissars für das Land
Preußen, Reichskanzler a. D. von Papen, übertragen
werden.

Ferner lehnte das Kabinett eine Aussprache über die
politische Lage fort. Der Reichskanzler erstattete Bericht über
die Verhandlungen mit dem Zentrum. Eine Beantwortung
der Fragen des Zentrums ist noch nicht erfolgt.

Einen besonderen Raum in den Beratungen nahm die
Aussprache über Maßnahmen zur Steuerung wirtschaftlicher
Schäden ein.

Göring bleibt Reichstagspräsident

Berlin, 1. Februar.

Wie verlautet, beabsichtigt Reichstagspräsident Göring
vorläufig nicht, sein Amt als Reichstagspräsident zur Ver-
fügung zu stellen, sondern er wird bis auf weiteres trotz sei-
ner Ministerfraktion auch das Amt des Reichstagspräsidenten
ausüben.

Schwere Zusammenstöße

Polizeioberwachmeister und nationalsozialistischer Sturm-
truppführer erschossen.

Berlin, 1. Februar.

In der Reichshauptstadt sind wiederum zwei Todes-
opfer zu beklagen. Gegen Mitternacht wurde in Charlotten-
burg, und zwar zwischen Krumme- und Spreestraße ein
etwa 100 Mann starker Zug von NSDAP-Angehörigen, die
von der Kundgebung am Wilhelmplatz zurückkehrten, aus
dem Hause Wallstraße 24 plötzlich beschossen, angeblich von
Kommunisten. Der Oberwachmeister Jaurich vom 131. Re-
vier erhielt einen Brustschuß und verstarb im Hildegard-
Krankenhaus. Weiter wurde der Führer des Sturmtrupps
33 der NSDAP, Maikowski, durch einen Bauchschuß so
schwer verletzt, daß bald danach der Tod eintrat. Die Polizei
umstellte die Häuser, aus denen geschossen sein konnte, und
nahm Hausdurchsuchungen vor. Dabei wurden insgesamt 15 Per-
sonen als tatverdächtig festgenommen und in das Polizei-
präsidium eingeliefert.

Außerdem sind bei diesem Feuerüberfall drei Personen
schwer verletzt worden. Der Gastwirt Heinrich Beermann,
Inhaber des kommunistischen Verkehrslokals in der Wall-
straße, erhielt einen Oberarmschuß, ein Max Schufan aus
der Galtanstraße einen Beinshuß, und ein Peter Arend
aus der Wallstraße einen Unterarmschuß. Die drei Verletz-
ten, die in den Hausfluren aufgefunden worden waren,
wurden in das Krankenhaus Weßend gebracht. Insgesamt
sollen etwa 50 Schüsse abgegeben worden sein.

Weiter wurden in dem Berliner Vorort Britz von noch
unbekannten Tätern auf einige Nationalsozialisten mehrere
Schüsse abgegeben, die jedoch niemanden verletzten. In einem
Lokal in Siegling kam es kurz vor 3 Uhr morgens zu einer
Schlägerei zwischen drei NSDAP-Angehörigen und vier
angeblich Parteiloosen. Verletzt wurde niemand. Sieben Per-
sonen wurden festgenommen und der politischen Polizei
zugeführt. In der Müllerstraße Ecke Seestraße wurden zwei
Nationalsozialisten leicht verletzt; 15 Personen wurden
zwangsgeführt.

Ein Toter, mehrere Verletzte.

Breslau, 1. Februar.

Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in
Breslau, nach Demonstrationen zu Schlägereien. Zwei SA-
Leute wurden verletzt. Drei Personen wurden festgenommen.
Zu einem weiteren schweren Zusammenstoß kam es zwischen
Kommunisten und Schutzpolizei. Mehrere Anhänger der
KPD hatten sich zusammengedrängt. Zwischen den Demon-
stranten und dem Publikum kam es bald zu Auseinander-
setzungen, wobei die Kommunisten eine Schaufensterhebel-
zertrümmerten.

Das alarmierte Ueberfallkommando ging dazu über, die
Straße zu räumen und gab einige Schreckschüsse ab. Als

jedoch die Kommunisten gegen die Polizeibeamten tödlich vorgehen versuchten, schoß die Polizei scharf. Nach Auslagen von Hagenzügen wurde darauf aus den Reihen der Kommunisten geschossen. Durch einen dieser Schüsse wurde der Steinrommer Wagner getötet.

Der Polizeipräsident in Breslau hat alle Versammlungen und Umzüge der kommunistischen Partei verboten.

Ein Toter, zwei Verletzte.

— Veltbert, 31. Januar. Nachdem bereits am Dienstag vormittag größere Kommunistentrupps die Stadt unter Drohrufen durchzogen hatten, kam es gegen 16 Uhr zu einem folgenschweren Zusammenstoß. Kommunisten versuchten die auf dem Hause eines Nationalsozialisten gehißte Hakenkreuzfahne herunterzuholen. Bei der schweren Schlägerei, die sich darauf entwickelte, wurde ein Kommunist durch einen Schlag getötet. Am Abend kam es zu weiteren Zusammenstößen. In der Poststraße wurden vier Nationalsozialisten, die von einem Schutzpolizeibeamten begleitet waren, von Kommunisten angegriffen. Die Angreifer flüchteten, als ihnen Pistolen vorgehalten wurden. Um 19 Uhr versuchten die Kommunisten das SA-Haus in der Bahnhofstraße zu stürmen. Sie gaben mehrere Schüsse ab, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Die Polizei war hier nur schwach vertreten, da eine größere Anzahl von Beamten nach Buppertal gezogen worden war. Als die Lage immer bedrohlicher wurde, eilte SA und SS der Polizei zu Hilfe. Auf Seiten der Nationalsozialisten gab es bei dem Zusammenstoß zwei Verletzte durch Messerstiche. Eine halbe Stunde später wurden in der Poststraße wiederum einige SS-Leute angegriffen, die darauf von der Schutztruppe Gebrauch machen mußten.

8 Verletzte.

— Pforzheim, 31. Januar. Bei einem von der SA und dem Stahlhelm am Dienstagabend veranstalteten Fackelzug, an dem etwa 1000 Personen teilnahmen, kam es in mehreren Stadtteilen zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten. Bis zur Stunde wurden ins Krankenhaus acht Verletzte aller Parteirichtungen eingeliefert, darunter ein Schwerverletzter. Die Verletzungen rühren von Hieb-, Stich- und Schußwaffen her.

In Halle kam es in der Innenstadt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Mehrere Personen wurden verletzt. Es wurden auch Schüsse abgegeben, wobei ein Kommunist einen Streifschuß erhielt. In einer kommunistischen Gasse wurden die Fensterscheiben eingeworfen, und ein anderes kommunistisches Verkehrslokal wurde demoliert. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm mehrere Verhaftungen vor.

In Königsberg entwickelte sich eine Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. In Düsseldorf erhielt ein Nationalsozialist einen Halschuß. In Schweinfurt wurde der Kaufmann Keinz durch eine Kugel lebensgefährlich verletzt. Weiter wurden zwei Arbeiter verwundet.

Hindenburg und die Regierung

Wenn auch das Echo das die neue Regierung gefunden hat, naturgemäß durchaus geteilte Auffassungen zum Ausdruck bringt, so wird dem Kabinett Hitler in politischen Kreisen doch inwiefern eine günstige Prognose gestellt als man allgemein damit rechnet, daß das Kabinett vom Reichstag zunächst toleriert werden wird.

Große Beachtung fanden in politischen Kreisen auch die Anerkennungen, die die Nationalsozialisten Hindenburg für die Betrauung Hitlers zollen.

Der Fackelzug der Nationalsozialisten und des Stahlhelms vor der Reichskanzlei, der sich zu einer spontanen, machtvollen Kundgebung zahlloser Tausender für Hindenburg und Hitler gestaltete, ließ geradezu symbolhaft die überragende Rolle des greisen Reichspräsidenten zum Ausdruck kommen. Die Reden des Reichspräsidenten in dem erleuchteten Fackelzug der Reichskanzlei, der Stunden um Stunden, fast unbeweglich, den Vorhermarsch entgegennahm,

erinnerte den Zuschauer lebhaft an das Bild des alten Kaisers im historischen Effenster.

Die immer wiederkehrenden Huldigungen, die dem Generalfeldmarschall gebracht wurden, gaben der ganzen Kundgebung eine Bedeutung, die weit über das parteipolitische Maß hinausging. Denn sie galten einem Manne, der über sein Amt als Reichsoberhaupt hinaus Deutschlands Größe und Ansehen in guten und schweren Tagen verkörpert hat und noch heute verkörpert.

Seldte über seine Aufgaben

Reichsarbeitsminister Dr. Srup übergab die Geschäfte seinem Nachfolger. Reichsarbeitsminister Seldte und wünschte seinem Nachfolger eine glückliche und erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle von Nation, Staat und Volk.

Reichsarbeitsminister Seldte dankte nach Begrüßungsworten des Staatssekretärs Dr. Grieser für die Begrüßungsworte und führte aus, daß er völlig ungebunden sein neues Amt übernehme. Sein Wahlpruch für die Amtsführung sei der altpreussische Grundsatz: Ich dien'. In seinem Amte gälten seine Hauptpflichten der Arbeitnehmerschaft, den Arbeitslosen und der Jugend. Deshalb werde in Zukunft das Reichsarbeitsministerium von allen Aufgaben entlastet werden, die ihrem Wesen nach mehr zum Reichswirtschaftsministerium gehörten. Das Reichskabinett werde demnach über die organisatorischen Veränderungen entscheiden.

Abschiedsaudienz Schleichers

Handschreiben des Reichspräsidenten an die ausgeschiedenen Kabinettsmitglieder.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den scheidenden Reichskanzler und Reichswehrminister von Schleicher in Abschiedsaudienz. Gleichzeitig hat der Reichspräsident folgendes Handschreiben an General von Schleicher gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ihrem Antrage um Entbindung von den Ämtern als Reichskanzler und als Reichswehrminister habe ich durch den Ihnen inzwischen zugegangenen Erlass entsprochen.

Für die von Ihnen in langen, schicksalsschweren Jahren in Krieg und Frieden dem Vaterlande geleisteten Dienste, insbesondere für Ihre Arbeit als Reichswehrminister und Reichskanzler, spreche ich Ihnen im Namen des Reiches wie eigenen Namens meinen aufrichtigen Dank aus. Ihres erfolgreichen Wirkens für den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht werde ich stets mit besonderer Anerkennung gedenken.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit kameradschaftlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener gez. von Hindenburg.

In ähnlicher Weise hat der Reichspräsident auch den anderen ausgeschiedenen Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Aussprache der Kirchenführer

Berlin, 1. Februar.

Zu Ehren der in Berlin anwesenden Präsidenten und des Generalsekretärs des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen fand beim Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates D. Burghart ein Empfang statt. D. Burghart gab ein Bild von der Weltnot der Gegenwart und kennzeichnete die Aufgaben, die der Weltbund in dieser Zeit der wirtschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Kämpfe im Namen der Kirche zu erfüllen habe. Lord Dickinson, Präsident des Weltbundes und Mitglied des englischen Oberhauses, forderte ein Zusammenwirken der Christen und Kirchen von Land zu Land. Ebenso betonte auch der dänische Bischof Almundsen die Notwendigkeit christlicher Gemeinschaft gerade in der Gegenwart. Anschließend entwickelte der neugewählte Generalsekretär Pfarer Henrichsen die Grundzüge der Arbeit.

Evangelische Woche

veranstaltet vom Evangel. Studentenring Leipzig vom 16. bis 22. Januar 1933.

Der Inhalt der Woche: Eine klare Linie innerhalb der Vorträge war kennzeichnend — Kirchenbegriffe, Gemeinschaftsinn, Stellungnahme zu den Ehefragen, politische Aufgabenlösung vom katholischen und evangelischen Christentum aus betrachtet. In seinen beiden Vorträgen „Die katholische Frage vor der Evang. Kirche“ und „Messe und Gottesdienst“, arbeitete Herr Dr. theol. Krimm-Wien den jesuitisch-politischen und den benediktinisch-religiösen Typ

der kath. Kirche heraus und zeigte das neue Gemeinschaftsbewußtsein des protestantischen Menschen. In der Liturgie herrscht überall das Gesetz der Stufen-Entwicklung. Im Gegensatz zur Messe wies er auf den genialen Wurf Luthers hin: organisches Zueinander von Messe und Gottesdienst. Prof. D. Sommerlath, Dekan der theol. Fakultät Leipzig, machte den Unterschied zwischen kathol. jähem und protestantischem Kirchenbegriff klar: dort Gehorsam gegenüber der Autorität der Kirche, hier von der Gemeinschaft getragenes selbstverantwortliches Handeln, das die Lebendigkeit der Kirche schafft. In dem Vortrag „Protestantische Stellungnahme zu den Ehefragen“ kritisierte Dr. med. Happich die offiziellen Erlasse der katholischen und protestantischen Kirche. Immer noch bleibt die Ehe für Arzt und Pfarrer ein biologisches und metaphysisches Mysterium, deren Erfüllung nur durch das persönliche Opfer des Zueinander vom gleichen Glauben aus möglich ist. Die Zahlen sprachen erschütternd von der heutigen Lage und dem Nichtwollen des Kindes. Die politische Aufgabe der Protestanten erblickt Professor D. Hupfeld (Christentum und Politik in protestantischer und katholischer Beleuchtung) im Hineinstellen des Christen in den Kampf, nicht in Weltflucht oder rationalistischer Kasuistik den Ausweg suchend. Ein Festgottesdienst mit Feier des Heiligen Abendmahls beschloß die Woche.

Der Erfolg: über 4200 Menschen insgesamt besuchten die Woche — Studenten, Professoren, Gemeindeglieder. Die äußere Resonanz war der starke Beifall, im überfüllten Hörsaal, vom inneren Widerhall zeugten viele nachfolgende Anfragen. In überaus großer Zahl waren Vertreter des Konfessionsrats der Universität, der Studentenschaft und aus der Eparchie erschienen. Es war ein Misserfolg der organisierten evang. Studentenschaft.

Verschiedenes.

Kommunalpolitische Tagung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes. Eine kommunalpolitische Tagung zur Neuorientierung in der Wohlfahrtsarbeit wird vom 13. bis 16. Februar in Hannover vom Deutsch-Evangelischen Frauenbund veranstaltet. Als Referentinnen wirken u. a. mit Frau D. Paula Mueller-Ostried, Frau Stadträtin Rötger-Berlin, Frau Stadtverordnete Dr. Jorns-Hannover, die Leiterin des Christlich-sozialen Frauenvereins des Deutsch-Evangel. Frauenbundes, sowie die Leiterin des Pfluges Hannovers, Frau Stadtoberinspektorin Rothig. Außer den bereits in kommunaler Arbeit stehenden sind auch für sie interessierte Frauen willkommen. Alles Nähere in der Geschäftsstelle des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, Hannover, Bedekindstr. 26.

Aufbaulehrgang der Volkshochschulgenossenschaft Hermannsburg in Colborn. Vom 6. bis 16. Februar veranstaltet die Volkshochschulgenossenschaft für Niedersachsen einen Aufbaulehrgang für ehemalige Volkshochschüler in ihrem Volkshochschulheim Colborn bei Lichow. Die Fragen innerer Schulung stehen unter dem Leitgedanken: „Welche Aufgaben stellt uns der Geist unserer Zeit?“ Die agrarpolitischen Betrachtungen gehen um die Frage „Ist der Landwirtschaft heute noch zu helfen?“ Betriebswirtschaftliche Tagesfragen sollen behandelt werden. Neben den Lehrkräften der Volkshochschulen werden Vertreter der evangelischen Volksbildung, der Genossenschaften der landwirtschaftlichen Verbände und berufsständischer Bünde mitwirken. Die Kosten betragen 2,25 Mk. täglich. Freunde der ländlichen Volkshochschulbewegung können als Gäste eingeführt werden. Meldungen werden bis zum 2. Februar an die Heimvolkshochschule Colborn bei Lichow erbeten.

Reichserziehungswoche. Die in diesem Jahre vom 5. bis 11. Februar veranstaltete Reichserziehungswoche hat der Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden in Gemeinschaft mit namhaften anderen Verbänden und Organisationen unter dem Thema: „Das Evangelium und die Not der Zeit“ gestellt. Es werden in dieser Woche erziehungswissenschaftliche Vorträge u. Festgottesdienste aus Anlaß dieser Reichserziehungswoche gehalten.

Radio Geräte erster Firmen
Reparaturen
In eigener Werkstatt, schnell u. preiswert.
Spezialhaus Ingenieur P. WEBER, Kesselbrink-Ecke-Kavalleriestr.

Haushaltungsschule und Haushaltungspflegerinnen-Lehrgang
der Westfälischen Diakonissenanstalt „Sarepta“
in Bethel bei Bielefeld (staatlich anerkannt).

1. Haushaltungsschule (alle Berechtigungen der Frauenschule). Gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung für Töchter evangelischer Familien, Vertiefung der Allgemeinbildung, Erziehung zu christlichen Persönlichkeiten. Durchbildung zum Beruf der Hausfrau, hauswirtschaftliche Vorbereitung zum Beruf der Kindergärtnerin, Hortnerin, Haushaltungspflegerin
2. Halbjährige Sonderkurse für Abiturientinnen. Beginn der Kurse April und Oktober.
3. Einjähriger Lehrgang für Haushaltungspflegerinnen (Wirtschaftsleiterinnen) mit staatlicher Abschlussprüfung. Näheres durch die Leitung der Schule.

Th. Petzold's Tropfen
das allereffektivste, viel tausendmal bewährte Mittel
bei Asthma, Husten, Blutspeien.
Originalpackung mit Bild. Preis 1,30 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
Alleinhersteller: Chem. pharm. Laboratorium Teuburg
Gustav Vinnen, Bielefeld

Besser sieht jeder mit einer Brille von
Wiedner Optiker
Ruf 1012 Bielefeld Gütersloher Str. 14

Stellengefuche und Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Kinder
jeden Alters finden Aufnahme, vorübergehend u. dauernd, sorgfältige körperl. u. geistige Pflege.
Erz. des Elternhauses.
Kinderhaus Heimgarten, Begr. 1905, Zuercherstr. (Vergl.) bei Darmstadt.

WALTER FILLIES
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Reparaturen
preiswert u. sauber
Bielefeld, Gütersloherstr. 40a
Gegenüber Bethel-Eingang

Gegen Grippe, Erkältung usw.
glänzend bewährt: Phyko-
(nach biolog. Grundl. von Prof. Denner). Zu erhalten in den Apotheken oder vom Hersteller:
Apotheker Alpers, Wietze.

Winter in der Schweiz
Herri. alpine Sonnenlage, 1060 m. Trautes Familienleben. Liegkuren. Schneesport. Aushildg. von Haus-
töchtern. Notzell. niedr. Preise.
III. Prospekt v. Dr. R. Burckhardt, Pfr. Evang. Erholungsheim Hasliberg-
haus Goldern (Berner Oberland).

Haushaltungsschule „Marthabau“
des Diakonissenhauses „Elisabethenstift“, Darmstadt.
Ausbildung in allen Zweigen des Haushaltes. Christliche Erziehung und Unterricht. Eintritt 1. April oder 1. Mai. Jahres- und Halbjahreskurse. Alter 14—22 Jahre. Schul- und Benjionspreis monatlich 45.— Mk. Anfragen an die Leitung des Marthabaus, Darmstadt, Stiftstraße 14

Die ung
auch in star
sicherung au
keiten in d
die mit ein
rechnen hab
gestelltenver
gen ist, dar
der letzten
versicherung
die Inflatio
trotz der gr
jahre ist d
Diese Tatsa
waltungspro
Leistungsid
einander. I
wurde die
Man war g
gen für die
lassen. Kom
dige Zuwac
heres Ansch
ter mit hoch
den größer
zu können.
war auf da
gen Aufwe
gen läßt.
Erfreulich
gestelltenver
Handlungse
nicht mitge
Leistungspro
Wahlen zu
Jahres 192
ihrer überg
ten und sich
bekannten.
Angestellten
Angestellter
hatte, daß
praxis fort
lich, nach n
versicherung
weitsichtige
aus die Pfl
ausgehend,
Grundlagen
festgehalten
menschen
dann brauc
ergeben, um
einsteilen
deutet, die
sicherung n
Aus der
des Jahres
weiter zurü
385 Million
und im Jal
Rückgang o
keit und b
führen. Di
tenversiche
men und
lagen und
samtinnach
betrugen:
193
193
193
193
Diesen
tenleistung
unkosten u